Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 50 (1956)

Heft: 8

Artikel: Eine Stimme im Kampf gegen die deutsche Remilitarisierung und den militärpolitischen Wahn

Autor: Koch, Niklaus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140098

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine Stimme im Kampf gegen die deutsche Remilitarisierung und den militärpolitischen Wahn

Sehr geehrte Frau Abgeordnete
Sehr geehrter Herr Abgeordneter

Ich erlaube mir, Ihnen die Schrift «*Revolution im Wehrdenken*», für deren Haupttext ich die Verantwortung trage, zu übersenden. Die Abschnitte über die *positive Revolution des Wehrdenkens* (S. 8–10) und das «*Dilemma des weißen Mannes*» (S. 17 ff.) begründen die Notwendigkeit, wehrpolitisch wesentlich anders als militärisch anzusetzen.

Anlaß zu meinem Brief an Sie ist die Nachricht, der Bundestag wolle Anfang Juli die allgemeine Militärpflicht beschließen. Unter dem Titel «*Beispiel einer verfehlten Wehrpolitik*» finden Sie (S. 15 ff.) im Text eine Gruppe von Gründen, die nach unserm Urteil zur Ablehnung des Regierungsentwurfs zwingen.

Diese Gründe werden durch gewichtige andere Gründe ergänzt, die es im ganzen unverständlich machen, wieso Bundesregierung und Bundestag überhaupt noch auf einem Wege vorwärtshasten, der offenbar falsch ist und unter der Parole einer Politik angeblicher Stärke in Zerfall und Zusammenbruch führen müßte:

1. Die allgemeine Wehrpflicht eines einseitig an die USA gebundenen Westdeutschlands zwänge den Osten zu entsprechenden Gegenmaßnahmen. Wer ihr zustimmt, sabotiert die Wiedervereinigung Deutschlands und übernimmt die Verantwortung für eine Entwicklung jenseits der Zonengrenze, die dann zu erwarten ist.

2. Die allgemeine Wehrpflicht schafft auch innerhalb Westdeutschlands keine Stärke. Da die sittlichen, strategischen und politischen Voraussetzungen einer fundierten Militarisierung in Westdeutschland nicht mehr zu schaffen sind, kann diese überhaupt nur in dem Maße gelingen, in welchem Verblendung, Mangel an Urteilsfähigkeit und Charakterschwäche in unserm Volk voranschreiten. Die sogenannte Politik der Stärke ist schon heute als Verschleuderung des geistigen, wirtschaftlichen und politischen Vermögens unseres Volkes erkennbar, ein Konkurs, der im Ergebnis nicht dem Westen, sondern dem Osten zugute kommt.

3. Im Osten, im Westen und in unserm Volk erneuert die Militarisierungspolitik mit gutem Grund die Erinnerungen an den deutschen Militarismus. Zwar fehlen diesem heute die inneren Kräfte, deren Größe das deutsche Soldatentum der Vergangenheit bedeutend gemacht hat. Aber damit verlagern sich nur seine Gefahren: früher verhängnisvoll als Instrument einer Gewaltpolitik, über die die Ge-

schichte das Urteil gesprochen hat, droht er jetzt durch ein unheilbares und ansteckendes Siechtum verhängnisvoll zu werden.

Sogar in den USA hat unsere Militarisierungspolitik einen Stimmungsumschwung zuungunsten Deutschlands eingeleitet. Warum gebietet der Bundestag Dr. Adenauer nicht Einhalt, wenn er selbst die Fähigkeit verloren zu haben scheint, seine verfehlte Politik zu revidieren?

Erlauben Sie mir, Sie zum Schluß noch auf die sachliche Unhaltbarkeit der offiziellen Auffassung hinzuweisen, unser Volk habe nur die Wahl, sich zu militarisieren oder wehrlos zu sein. Aus der Definition des modernen Krieges (vgl. S. 8 der beiliegenden Schrift) ergibt sich eine im wesentlichen unmilitärische Wehrhaftigkeit, deren Notwendigkeiten nicht zu beachten verhängnisvoll und unverantwortlich wäre. Der Text «Revolution im Wehrdenken» nimmt für sich in Anspruch, ein ernsthaftes Gutachten über diese unmilitärische Wehrhaftigkeit zu sein, ein Gutachten, das zu berücksichtigen ich Sie bitte.

Hochachtungsvoll: *Dr. Niklaus Koch*

Blick auf den Weg zum Frieden

(Aus «The Churchman», 1. Mai 1956)

Warum Amerika seine politische Haltung ändern muß

Allzu oft haben die USA auf internationalem Gebiet nicht im eigenen Interesse oder im besten Interesse der Welt gehandelt. Daraus folgt natürlich, daß die USA ihre Politik ändern müssen.

Ich bin überzeugt, die meisten Amerikaner gehen mit mir einig, daß der Weltfriede das letzte Ziel unseres Landes ist. Aber ich stelle fest, daß Amerika seit dem Zweiten Weltkrieg nicht den Eindruck einer Nation macht, die an die Möglichkeiten des Friedens glaubt, sondern eher einer Nation, die einen Krieg für möglich hält.

Dieser Eindruck stammt von unserer konsequenten Haltung Rußland und dem Kommunismus gegenüber, die vielerorts zum Ausdruck kommt. Immer und immer wieder kommt diese Haltung zum Vorschein, in Leitartikeln, in den Berichten von Presseagenturen (mit ein paar bemerkenswerten Ausnahmen, wie den Artikeln von Walter Lippmann), in Radio und Television sowie in öffentlichen Reden und Erklärungen von Regierungsseite. Was sie behaupten, läßt sich zusammenfassen in den Worten:

«Rußland ist keine normale Nation, sondern das Zentrum einer Verschwörung, um die Welt baldmöglichst und unter Ausnützung aller Mittel zu beherrschen und kommunistisch zu machen. Wir können Rußland weder trauen, noch mit ihm verhandeln, noch überhaupt